

Über 75.000 Arbeitsplätze werden zum Spielball der Politik



Prof. Dr. Lauterbach sowie einige weitere SPD Politiker preschen bereits los, bevor die SPD-Spitze sich überhaupt für Sondierungsgespräche entschieden hat.

Lauterbach -plötzlich wieder in allen Medien und Kanälen unübersehbar- stellt für die Beteiligung seiner Partei an einer "GroKo" schon einmal die Bedingungen auf – die Einführung der sogenannten Bürgerversicherung. Dies soll die Grundvoraussetzung sein, damit sich die SPD bereit erklärt in Sondierungsgespräche mit der CDU/CSU zu treten. Auch das Märchen von der "Abschaffung der Zweiklassenmedizin" wird wieder einmal bemüht, um der Forderung den vermeintlichen sachlichen Grund zu geben.

Dass die Bürgerversicherung in der Realität aber nichts besser macht, sondern schlimme Folgen für die medizinische Versorgung aller Bürger hat und sich auf den Arbeitsmarkt dramatisch auswirkt, spielt für Lauterbach keine Rolle. Die Beschäftigten der Privaten Krankenversicherung leisten einen wichtigen Beitrag zu einem der besten Gesundheitssysteme der Welt. Allein mehr als 50.000 Arbeitsplätze gingen kurzfristig in der privaten Krankenversicherung bei Einführung einer Einheitskasse verloren, so eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Hinzu käme, dass jede Arztpraxis im Schnitt mehr als 50.000 Euro pro Jahr verlieren würde, wenn die Einnahmen aus der Privaten Krankenversicherung wegfielen. Viele Ärzte, Zahnärzte, Physiotherapeuten und Hebammen müssten aufgeben. "Die Gesundheitsversorgung würde für alle schlechter. Akzeptablen Gesundheitsschutz könnten sich dann nur noch die besser Verdienenden leisten. Darin sind sich selbst zahlreiche SPD-Politiker einig, mit denen wir in diesem Jahr gesprochen haben.", so Peter Abend, Sprecher der Betriebsratsinitiative "Bürgerversicherung? Nein danke!"

Was ist von einer SPD zu halten, deren Vorsitzender Martin Schulz kürzlich den bei Siemens geplanten Abbau von rund 3.500 Stellen in Deutschland als "asozial" verurteilte, dann aber die Einführung der Bürgerversicherung fordert? Wissend, dass nicht nur in der privaten

Krankenversicherung mehr als 50.000 Arbeitsplätze vernichtet werden, sondern auch in zahlreichen Arztpraxen, Abrechnungsstellen und weiteren Gesundheitsdienstleistern.

"Offenbar dient die Einführung der Bürgerversicherung nur dazu, um der Parteibasis eine ideologische Trophäe präsentieren zu können und sie somit von einer großen Koalition mit der CDU/CSU zu überzeugen.", so Peter Abend weiter. "Die Politiker hantieren hier aus rein parteipolitischen Gründen mit sozialem Sprengstoff."

Tatsache ist, dass wir in der restlichen Welt um unser Gesundheitssystem beneidet werden. Alle Bürger haben freie Arztwahl und profitieren vom medizinischen Fortschritt. Wir haben weltweit die kürzesten Wartezeiten und im Notfall wird jeder sofort versorgt - egal wie er versichert ist. Die Deutschen sind mit Ihrem Gesundheitssystem zufrieden wie seit Jahrzehnten nicht.

Wir appellieren an die Politiker: Übernehmen Sie soziale Verantwortung! Unser Gesundheitssystem mit all seinen Arbeitsplätzen darf nicht zum Spielball der Politik werden!

Pressekontakt:

Peter Abend

Telefon: 02 21 - 308 - 31 982

E-Mail: peter.abend@buergerversicherung-nein-danke.de

Unternehmen

Initiative "Bürgerversicherung? NEIN DANKE!" Betriebsräte der Privaten Krankenversicherer Deutschlands

Sanddornweg 3b

42399 Wuppertal

Internet: www.buergerversicherung-nein-danke.de